

Resolution des Gemeinderates der Gemeinde Ostbevern vom 10.03.2011

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wird ein großer Teil des sozialen Lebens organisiert. Diese Organisation kostet die Kommunen Geld, das sie notwendigerweise für freiwillige Leistungen für ihre Bürger benötigen, zu einem großen Teil aber auch für von Land und Bund übertragene Leistungen. Die freiwilligen Leistungen sorgen für das Funktionieren unserer Demokratie durch die Stabilisierung des sozialen Zusammenlebens.

Zurzeit droht den kleineren Kommunen, in denen überwiegend Unternehmen der Nahversorgung existieren, eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit. Zu einem großen Teil ist diese Handlungsfähigkeit durch die Aufgaben bedroht, die von Bund und Land aufgegeben sind, ohne dass der Aufgabenübertragung die finanzielle Ausstattung gefolgt wäre.

- Alle Grunddaten zum GFG müssen für die Jahre 2011 ff. an die Entwicklung angepasst werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Verwerfungen gerade für die kleinen Kommunen ohne großes Kommunalsteueraufkommen tragbar und vorhersehbar sind.
- Im Rahmen der Kosten der Unterkunft nach SGB II, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie für Menschen mit Behinderungen muss die Finanzierung durch den Bund in für die Kommunen nötigem Umfang erhöht werden.
- Die Finanzierung des Ausbaus von Kinderkrippenplätzen muss im Zusammenhang mit der Regelung des Rechtsanspruchs auf Krippenplätzen neu geregelt und der wirklichen Nachfrage nach Krippenplätzen angepasst werden.

Für diese Leistungsarten (soziale Leistungen und Kibiz) zahlt zurzeit die Gemeinde Ostbevern über die Kreisumlage anteilig alleine ca. 3,7 Mio. €, denn 70 % des Kreishaushaltes und damit der auf Ostbevern entfallenden Kreisumlage werden für diese Aufgaben aufgewendet..

Daher fordert der Gemeinderat der Gemeinde Ostbevern die Bundesregierung und die Landesregierung NRW auf, die Finanzen der kleinen Kommunen nachhaltig zu stärken und zu stabilisieren. Die Einnahmen müssen stabilisiert und die Belastung für die Kommunen durch die Sozialausgaben verringert werden.